

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell am 09.03.2016

Sehr geehrter Bürgermeister,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,
werte Pressevertreter und Gäste,

zu Beginn möchte ich der Verwaltung seitens der CDU-Fraktion für ihre sehr gute Arbeit in den vergangenen zwei Jahren danken und bitte die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter, diesen Dank an ihre zahlreichen Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Unser Lob und Dank gilt im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell Herrn Rupp und den Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, und den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei hierfür umfangreich zugearbeitet haben.

Des Weiteren möchte ich auch schon an dieser Stelle die besondere Arbeit der vielen Mitarbeiter im Zusammenhang mit den Flüchtlingen hervorheben. Was hier teilweise an Pensum geleistet wird, ist eine enorme Leistung, die direkt und indirekt von vielen Abteilungen im Hause organisatorisch und noch mehr von vielen Mitarbeiter persönlich erbracht wird. Seitens der CDU-Fraktion ein ganz herzliches DANKE für diese wichtige Arbeit! Die Flüchtlingssituation wird uns fraglos in Hinblick auf den Bau von Unterkünften und Sozialwohnungen sowie die Integration der Menschen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in den zuständigen Gremien noch umfangreich beschäftigen.

In den letzten zwei Jahren ist trotz der nicht rosigen Haushaltslage einiges Positive in Sankt Augustin geschehen. Besonders hervorzuheben ist sicherlich die Fertigstellung des 1. Bauabschnitts des HUMA und der „Sieg“ vor Gericht gegen die beiden Nachbarstädte Troisdorf und Siegburg. Auch diese beiden Städte haben derzeit kein Geld zu verschenken und alleine das wäre schon Grund genug gewesen, im Sinne der Region zu denken und erst gar nicht zu klagen. So sind aus unserer Sicht unnötige Kosten entstanden, die man in jedem Fall besser im Sinne der Bürger – auch der Siegburger – hätte einsetzen können. Die Entwicklung unserer Urbanen Mitte schreitet aber auch an anderer Stelle weiter voran. Der Haltepunkt Zentrum/Hochschule ist erneuert und die Hochschule hat ihren zweiten Erweiterungsbau ebenso begonnen wie der Investor die Seniorenwohnanlage auf dem Tacke-Areal.

Aber auch in den Stadtteilen gibt es positive Entwicklungen – z. B. die Realisierung des Nahversorgers in Birlinghoven, für den die CDU quasi Jahrzehnte gekämpft hat, oder auch die Stadtteilentwicklungsplanung Menden, die immer weiter fortschreitet. Mich freut auch, dass der neue Nahversorger in Niederpleis offensichtlich gut angenommen wird. Die CDU hat sich immer für diesen Standort im Vergleich zu anderen ausgesprochen, da hier die begründete Hoffnung besteht, dass der Nahversorger im Laufe der kommenden Jahre als eine Art Keimzelle fungiert, durch die sich in dem größeren Bereich künftig weitere Geschäfte ansiedeln werden. Und bezüglich der positiven Auswirkung auf den Verkehr der Hauptstraße durch den im Zusammenhang mit dem Nahversorger gebauten Kreisverkehr an der Pleistalstraße braucht man nur die Mitarbeiter der ortsansässigen Tankstelle fragen, die einem umgehend bestätigen, dass die Verkehrslage seitdem erheblich entspannter ist.

Bekanntlich ist in den Stadtteilen und im Zentrum noch einiges zu tun und das wird sich in einer so lebendigen Stadt wie Sankt Augustin sicherlich auch nie ändern; aber dies ist in den zuständigen Gremien in Zusammenarbeit mit der Verwaltung – wie man in den letzten Jahren gesehen hat – sehr gut aufgehoben.

Nun liegt uns ein Haushaltsentwurf vor, der gemäß 3. Änderungspapier ein Defizit von 21,6 Mio. Euro alleine in 2016 aufweist und im zweiten Jahr des Doppelhaushalts immer noch eines von 8,8 Mio. Euro – also in zwei Jahren über 30 Mio. Euro! Dies sind gewaltige negative Zahlen und ich möchte betonen – bevor irgendwelche Gerüchte entstehen –, dass die Kosten für die Flüchtlinge aufgrund entsprechender Einnahmepositionen nicht einmal annähernd für die Größenordnung dieser Negativsalden der Gewinn- und Verlustrechnung verantwortlich sind.

Bei derartigen Beträgen helfen letztendlich auch keine Streichungen von Investitionen. Denn wir sind als Haushaltssicherungskommune bei den Investitionen ohnehin gedeckelt und haben z. B. durch die Bevölkerungsentwicklung und auch durch Sanierungsnotwendigkeiten in naher Zukunft mit Sicherheit im Kita- und Schulbereich noch einiges mehr an Investitionen vor der Brust, als sich das bisher im Investitionsplan widerspiegelt.

Aus Sicht der CDU wird aber an der falschen Stelle gespart, wenn man – wie mehrheitlich gegen unsere Stimmen geschehen – die freiwilligen Leistungen kürzt. Es ist allseits bekannt, dass wir einmal gekürzte freiwillige Leistungen während des HSK nicht wieder aufstocken dürfen. Dass dann 2.190 Euro mehr gekürzt werden, als SPD, Grüne und FDP für das von Ihnen über diesen Weg nun finanzierte Projekt in Birlinghoven überhaupt benötigt haben, ist aus unserer Sicht unsinnig, da diese Gelder im Bereich der freiwilligen Leistungen schlicht verloren sind. Man hätte z. B. durchaus die bisherige Unterstützung des Stadtsporverbandes und auch weitere der von den genannten Fraktionen gestrichenen Zuschüsse aufrechterhalten können. Denn 2.190 Euro sind für die bisher unterstützten Initiativen einerseits viel Geld – im Vergleich zum Defizit des Jahres 2017, wo diese Streichungen erstmals wirksam sein werden, sind es aber nur 0,025% und im Vergleich zur Gesamthaushaltssumme sogar nur 0,0017%. Und bei aller Notwendigkeit zum Sparen – das macht den Kohl leider nicht fett und ist in Anbetracht des Engagements der bezuschussten Aktivitäten nicht sinnvoll.

Hierbei ist auch negativ bemerkenswert, dass unseres Wissens mit fast allen Betroffenen seitens der antragstellenden Fraktionen vorher nicht gesprochen wurde. Und das war kein Einzelfall, denn mit der Bürgerhausfunktionalität in Buisdorf wurde ebenso verfahren. Sie wurde gestrichen, ohne vorher mit den Betroffenen zu sprechen. Ich habe für die CDU schon mehrfach gesagt, dass es auch von unserer Seite keine Bestandsgarantie für das Haus Buisdorf gibt. Aber die Reihenfolge einer solchen Entscheidung muss wie in früheren, ähnlichen Fällen immer sein, dass man zuerst mit den Betroffenen spricht und prüft, was man an Funktionalität im Ort behalten möchte – und vor allem, wo das dann der Fall sein kann – und dann erst die Entscheidungen trifft. Dass dies bei den diesjährigen Haushaltsberatungen mehrfach nicht getan wurde, ist schlicht bedauerlich und erzürnt betroffene Menschen und Vereine verständlicherweise.

Vorschläge, wie der Verkauf von Grundstücken zur Verbesserung des Ergebnisses, zeigen meiner Meinung nach das Dilemma der nordrheinwestfälischen Kommunen insgesamt auf. Die Problematik ist nämlich eine zu geringe Finanzierung durch die Landesregierung. Der Bund der Steuerzahler NRW äußert sich im heutigen General-Anzeiger, dass die Kommunen mehr sparen müssen. Leider äußert er sich dort nicht gemäß seiner Pressemitteilung vom 22.01.2016, in der der Vorsitzende auch fordert, „die Verbundquote, das ist die prozentuale Beteiligung der Kommunen an den Landessteuereinnahmen, von 23 auf 25 Prozent [zu] erhöhen und die Kommunen damit an den Steuermehreinnahmen stärker [zu] beteiligen.“ Denn dass die Kommunen in NRW seit vielen Jahren insgesamt jedes Jahr zusätzliche ein bis drei Milliarden Euro Kassenkredite aufnehmen müssen, kann nicht allseitiges kommunales Finanzversagen sein. Sankt Augustin hatte vor wenigen Jahren gar keine Kassenkredite und wird in Kürze über 70 Mio. Euro Kassenkredit haben. Wenn sich die Finanzierungssituation – wie auch von den Kämmerern des Kreises gefordert – nicht bald bessert, werden noch mehr Kommunen einen noch schlechteren Haushalt haben oder die Grundsteuer B erheblich anheben müssen. Der Verkauf von Grundstücken aus finanziellen Gründen verbessert das Ergebnis zu Lasten des Eigenkapitals und reduziert somit das Vermögen der Stadt und damit das der Bürger.

Wie dramatisch die Lage schon seit Jahren ist, zeigt exemplarisch die Entwicklung des Eigenkapitals. Mittels NKF gestartet sind wir am 01.01.2009 mit 147,7 Mio. Euro und werden am Ende der HSK-Periode am 31.12.2022 unter Berücksichtigung aller Änderungspapiere bei 24,5 Mio. Euro liegen – unwesentlich mehr als das in diesem Jahr geplante Defizit. Das ist ein Rückgang um 123,2 Mio. Euro bzw. durchschnittlich 8,8 Mio. Euro pro Jahr! Es dürfte auf der Hand liegen, dass z. B. die Nichtbesetzung einer Stelle zwar finanziell sinnvoll ist, das grundlegende Problem aber nicht entscheidend löst. Nein – hier muss – wie auch vom BdSt gefordert – mehr Geld seitens der rot/grünen Landesregierung fließen um zu vermeiden, dass auch Sankt Augustin in Zukunft gezwungen sein könnte, die Grundsteuer B auf Hebesätze in der Größenordnung von z. B. unserer Nachbarstadt Siegburg mit 790 Hebesatzpunkten anzuheben. Zur Einordnung: Sankt Augustin liegt mit dem aktuellen Hebesatz im Rhein-Sieg-Kreis fast an letzter Stelle, Siegburg an erster. Würden wir den gleichen Satz erheben wie Siegburg, würden die diesbezüglichen Einnahmen in Sankt Augustin alleine in diesem Jahr um grob 6,5 Mio. Euro höher liegen.

Schon der letzte Doppelhaushalt inkl. HSK hat mit einer Zustimmung von weit über 80% des Rates gezeigt, dass Verwaltung und eine große Ratsmehrheit keine Möglichkeit sehen, die Defizite in entscheidender Größenordnung kurzfristig zu reduzieren. Wir werden daher trotz der einen oder anderen eben geschilderten Uneinigkeit bei wenigen Einzelpositionen dem Haushalt als Gesamtes auch in diesem Jahr zustimmen.

Ich habe in meinen früheren Haushaltsreden mehrfach darauf hingewiesen, dass wir Ratsmitglieder – zumindest diejenigen, die Parteien mit Strukturen auf Landes- bzw. Bundesebene angehören – politisch über Sankt Augustin hinaus tätig werden und auf diesen Ebenen Druck zugunsten einer Finanzverbesserung der Kommunen ausüben müssen; vor allem zugunsten derjenigen in NRW.

Wir haben dies seitens der CDU inzwischen getan. Die CDU Sankt Augustin hat einen Antrag sowohl für den CDU-Bundesparteitag 2014 als auch den CDU-Landesparteitag NRW 2015

vorbereitet und über unseren Kreisverband eingereicht. Hier exemplarisch zwei der acht Hauptpunkte des Antrags:

- Die Einhaltung der ab dem Jahr 2020 auch für die Bundesländer geltenden Schuldenbremse darf nicht dazu führen, dass dies zulasten der Kommunen geschieht. Die Länder dürfen nicht ihre Verpflichtung aus dem Fiskalpakt durch eine Belastung der Kommunen erfüllen.
- Sofern der Bund bei der Finanzierung von an Kommunen übertragenen Aufgaben sein Engagement erhöht, um die Kommunen zu entlasten, muss sichergestellt werden, dass diese Mittel vollumfänglich und zusätzlich bei den Kommunen ankommen.

Letzteres wurde lange vor der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingssituation beantragt. Diese ist hinsichtlich der dafür zur Verfügung gestellten Bundesmittel aber ein sehr gutes Beispiel für die Wichtigkeit solcher Regelungen.

Bei beiden Parteitagen wurde dieser Antrag mit jeweils weit über 90% Zustimmung angenommen, sodass wir, wenn die CDU in NRW wieder in Regierungsverantwortung in NRW ist, entsprechend fordernden Druck zugunsten von Sankt Augustin und der übrigen Kommunen auf unsere Landtagskolleginnen und -kollegen ausüben können.

Ich appelliere dringend an alle hier durch Ratsmitglieder vertretene Parteien - sofern noch nicht geschehen - ähnliche Beschlüsse in ihren jeweiligen Gremien zu initiieren, damit die NRW-Kommunen und damit Sankt Augustin endlich die dringend notwendigen Gelder bekommen, um den Bedürfnissen Ihrer Bürger zu entsprechen. Denn man darf eines nicht vergessen: nirgendwo ist die Politik näher an den Bürgern als dort, wo diese leben und arbeiten – bei uns in den Kommunen!

Vielen Dank!

(es gilt das gesprochene Wort)